

Antrag 84/II/2025**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Clearingstelle stärken: Zugang zu medizinischer Versorgung für alle**

- 1 In Berlin leben ungefähr 60.000 Menschen ohne aus-
- 2 reichenden Krankenversicherungsschutz. Seit 2018 unter-
- 3 stützt eine Clearingstelle Betroffene mit Beratung und
- 4 Kostenübernahmen für notwendige Behandlungen. Doch
- 5 die Finanzierung bleibt unsicher und strukturelle Hürden
- 6 erschweren die Unterstützung. Daher fordern wir die SPD-
- 7 Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und den Senat auf,
- 8 folgende Maßnahmen umzusetzen:
- 9 1. Die Clearingstelle in Berlin wird verstetigt und somit
- 10 dauerhaft gesichert ausfinanziert.
- 11 2. Mit den Berliner Sozialämtern und den Berliner
- 12 Krankenhäusern werden verbindliche Vereinbarun-
- 13 gen zur Refinanzierung von Notfallbehandlungen
- 14 für nicht krankenversicherte Personen geschlossen.
- 15 3. Bürokratische Hürden und Kompetenzersplitterun-
- 16 gen in den Behörden werden abgebaut und Anträ-
- 17 ge wie vorläufige Leistungsgewährungen im Krank-
- 18 heitsfall schneller bearbeitet.
- 19 4. Es wird geprüft, ob eine elektronische Gesundheits-
- 20 karte oder eine Berlin City ID Card die aktuell ge-
- 21 deckelten Einzelfall-Behandlungsscheine ersetzen
- 22 können.

Begründung

25 Trotz bestehender Versicherungspflicht leben in Berlin
26 sehr viele Menschen, die keinen oder nur einen einge-
27 schränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung haben.
28 Dazu gehören Wohnungslose, EU-Bürger*innen ohne ge-
29 sicherten Anspruch, Menschen mit prekärem Aufenthalts-
30 status oder Personen, die durch Beitragsrückstände aus
31 der Krankenversicherung herausgefallen sind. Sie müssen
32 im medizinischen Notfall zwar behandelt werden, aber
33 die Krankenhäuser bleiben häufig mindestens vorerst auf
34 den angefallenen Kosten sitzen, da es keine verbindlichen
35 Vereinbarungen zur Refinanzierung gibt.
36 Zwar versucht die Clearingstelle seit 2018 mit ihrem An-
37 gebot einen Teil der vorhandenen Lücken, ist aber durch
38 ihren Projektcharakter in ihrer Finanzierung nicht dauer-
39 haft gesichert. Durch die aktuelle Praxis kommt es regel-
40 mäßig zu Verzögerungen, die dem Grundrecht auf Leben
41 und körperliche Unversehrtheit widersprechen. Kranken-
42 häuser sehen sich gezwungen, aufwändig mit verschiede-
43 nen Sozialämtern zu verhandeln, während Patient*innen
44 dringend auf Hilfe angewiesen sind. Dadurch wird das ge-
45 samte System belastet und ein diskriminierungsfreier Zu-
46 gang zu medizinischer Behandlung verhindert.
47 Die Clearingstelle braucht eine stabile Finanzierung, um
48 ihre Arbeit langfristig fortzuführen. Verbindliche Verein-

49 barungen zwischen Sozialämtern und Krankenhäusern
50 schaffen Planungssicherheit und sorgen dafür, dass Not-
51 fallbehandlungen zügig refinanziert werden. Gleichzeitig
52 müssen Verwaltungsverfahren vereinfacht werden, damit
53 Leistungen schneller gewährt werden können. Langfristig
54 ist zu prüfen, ob moderne Lösungen wie eine elektroni-
55 sche Gesundheitskarte oder eine Berlin City ID Card die
56 bisherigen Behandlungsscheine ersetzen und damit den
57 Zugang zur Versorgung erleichtern können. Als SPD müs-
58 sen wir uns dafür einsetzen, dass Gesundheit nicht vom
59 Versicherungsstatus abhängt. Nur so stellen wir sicher,
60 dass alle Menschen in Berlin im Krankheitsfall die notwen-
61 dige Versorgung erhalten.